



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/68 - 21.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Die Saarfrage auf Eis gelegt	S. 1
Italien und der Schuman - Plan	S. 3
Sowjetische Machtpositionen in der Ostzone	S. 5
Wohltuende Zurückhaltung	S. 7

Kaum verhüllte Kapitulation

P.R. Alle Überlegungen und Verhandlungen über das Saarproblem haben von der Tatsache auszugehen, daß das Saargebiet zu Deutschland gehört. Wer diese Tatsache außer Acht läßt, fügt der deutschen Sache schweren Schaden zu.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat mit seiner Zustimmung zur Bildung eines Dreier-Ausschusses aus je einem Vertreter Deutschlands, Frankreichs und des Saarlandes zur Überprüfung der Möglichkeiten für die Wahl eines neuen Landtages in voller Freiheit abermals die sogenannte Regierung Hoffmann als Verhandlungspartner formell anerkannt, denn es ist natürlich kein Zweifel daran möglich, daß der saarländische Vertreter von dieser Regierung benannt werden wird. Die Vereinbarung ist zwischen ihm und dem französischen Außenminister frei, man möchte fast sagen privat und außerhalb des Rahmens des Europa-Rates zustande gekommen, vor dem Dr. Adenauer nach dem Auftrag des Bundestages die Probleme an der Saar ausführlich darstellen sollte. Das wird nun unterbleiben, der Kanzler hat sich auf die Abgabe einer kurzen Erklärung beschränkt. Auch das Memorandum der Bundesregierung über die Beschneidung der demokratischen Freiheiten im Saargebiet wird nicht veröffentlicht werden.

Die Kommission, auf die man sich jetzt geeinigt hat, wird

in ihrer Zusammensetzung mit 2 : 1 Stimmen den Auffassungen und Absichten der Franzosen und der von ihr abhängigen Hoffmann-Regierung beipflichten. Es ist damit eine von vornherein festgelegte unechte Mehrheit geschaffen worden, die im schroffen Gegensatz zu den Anschauungen stehen wird, welche in der Saarbevölkerung selbst vorherrschen. Es fällt schwer zu glauben, daß man künftigen Feststellungen dieser Kommission objektiv-dokumentarischen Wert beimessen können. Es liegen auch in Kommentaren aus Paris unverkennbare Anzeichen dafür vor, daß die Regelung an der Saar, wie sie in den neuesten Vereinbarungen umrissen ist, auf eine "Europäisierung" dieses Gebietes abzielt.

Der Bundeskanzler setzt also konsequent den Weg fort, den er in seiner Saarpolitik von Beginn an beschritten hat. Es ist der Weg des geringsten Widerstandes gegen den französischen Anspruch, das Saargebiet unter allen Umständen aus dem deutschen Staatsverband herauszulösen. Die vorletzte, markante Etappe auf diesem Wege war seine Zustimmung dazu, daß das Saargebiet in der Hohen Behörde des Schuman-Planes durch französische Vertreter repräsentiert wird. Die Anerkennung des Herrn Hoffmann durch den Bundeskanzler hätte unter keinen Umständen erfolgen dürfen, auch nicht im Ausgleich zu irgendwelchen politischen Gegenleistungen, von denen aber nach allen aus Paris vorliegenden Berichten nicht das geringste zu entdecken ist.

Die Stärke der deutschen Position in allen Fragen des Saargebietes war und ist der von niemandem ernsthaft bestrittene deutsche Charakter des Saarlandes. Die Regierung Hoffmann wurde und wird in der ganzen Welt als der nur in der Nachkriegssituation möglich gewordene französische Versuch angesehen, die für später erhoffte endgültige Lösung der Saarfrage weitgehend im Sinne der eigenen Vorstellungen vorwegzunehmen. Es kann keine andere deutsche Politik geben, als diesem Streben so nachdrücklich wie möglich entgegen zu wirken. Das ist von der deutschen Bundesregierung unterlassen worden, obwohl sich in den letzten Jahren immer wieder die französische Saar-Konzeption mit größter Klarheit enthüllt hat. Die Pariser Saarvereinbarung stellt nach Auffassung der SPD einen neuen, sehr gefährlichen Schritt in Richtung auf den Verzicht der Bundesregierung auf das deutsche Saargebiet dar; sie ist eine kaum verhüllte Kapitulation vor dem französischen Anspruch.

Mehr symbolisches Bekenntnis als Zustimmung

v. sch.-Rom, Mitte März

Der italienische Senat hat nunmehr dem Schuman-Plan zugestimmt und damit hat die interstaatliche Montan-Union auch hier Gesetzeskraft erlangt. Gerade im italienischen Oberhaus waren die Bedenken und Widerstände gegen das Abkommen stärker als in der Deputiertenkammer, weil führende Vertreter der norditalienischen Industrie Senatoren sind, die zu dem bisher fast zwei Jahre lang hier vorwiegend schlagfertigmäßig behandelten Thema etwas Sachliches auszuführen hatten. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß Italien, das den größten Teil nicht nur seiner Kohle, sondern auch seines Eisens einzuführen hat, ganz andersgelagerte Interessen hat als z.B. Frankreich und Deutschland. Vor allem die Tatsache, daß die französische Eisen-erzproduktion in Nord-Afrika, die bisher in der Versorgung der norditalienischen Industrie eine wichtige Rolle spielte, von den Bestimmungen des Schuman-Planes trotz der wiederholten Bemühungen der italienischen Vertreter bei den Vorbehandlungen ausgenommen bleibt, erfüllt die maßgebenden Kreise in den Industriebezirken von Mailand, Turin und Genua mit größten Sorgen.

Italien hatte von Anfang an kein spezifisch nationales Interesse an dem Zustandekommen des Planes. Dennoch haben sich die italienische Regierung und der größte Teil der regierungsfreundlichen Presse sofort mit größtem Eifer für seine Verwirklichung eingesetzt. Warum? Erstens weil es ein Grundgedanke der italienischen Politik in den letzten Jahren gewesen ist, den französischen Standpunkt in allen Fragen zu unterstützen, soweit er sich auch der amerikanischen Zustimmung erfreut. Um sich aus seiner Isolierung als besiegtes Land nach dem Kriege möglichst schnell herauszuarbeiten, hat sich Italien die politische Hilfe Frankreichs zu sichern bemüht; dies umso mehr, als es von England in den Nachkriegsjahren nicht immer wohlwollend und geschickt behandelt wurde. Das allein würde schon erklären, warum Italien von der ersten Stunde an den Schuman-Plan sozusagen blindlings bejubelt hat, ohne sich gründlich zu überlegen, ob er in seinem national-wirtschaftlichen Interesse liege.

Aber der zweite, und vielleicht wichtigere Grund ist, daß es

keine Regierung und überhaupt kein Volk in Europa gibt, die es mit dem Gedanken der europäischen Föderation so ernst meinen, wie das hier der Fall ist. Alles, was unter der Flagge der europäischen Union segelt, findet in Italien von vornherein Unterstützung. Die Urheber des Schuman-Planes haben es sofort verstanden, der italienischen öffentlichen Meinung zu suggerieren, daß mit der engen Verbindung von Kohle und Eisen über die Grenzen hinweg die Gefahr eines neuen Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich für alle Zukunft beseitigt wäre, und das allein hat schon genügt, die friedenssehnsüchtigen Massen in Italien für die Montan-Union günstig zu stimmen.

Die sachlichen Bedenken sind erst später und nach und nach in den interessierten Kreisen entstanden, nicht zuletzt verursacht durch die kritische Beleuchtung des Planes in den Zeitungen und Parlamenten Deutschlands und Frankreichs. Für den Ministerpräsidenten de Gasperi war es jedoch ein Leichtes, am Schluß der Senatsdebatte über den Schuman-Plan die kommunistische Opposition als eine ausschließlich von Rußland angeordnete und nicht durch echte Sorgen um das Wohl der italienischen Industrie inspirierte Stellungnahme zu brandmarken. Er versetzte die Kommunisten dabei in arge Verlegenheit, als er daran erinnerte, daß die tschechische Regierung ursprünglich beschlossen hatte, den Marshall-Plan zu unterstützen und sich erst nachträglich auf direkten Befehl aus Moskau davon zurückziehen mußte; und als noch aktuelleres Argument verwies er auf den plötzlichen Frontwechsel der Kommunisten in der Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands: Bis gestern das schlimmste Verbrechen, jetzt aber, wo es die Russen vorschlagen, die natürlichste Sache der Welt !

Die Schlußabstimmung ergab 148 Stimmen für und 97 gegen die Ratifizierung der Montan-Union. Sie war mehr ein symbolisches Bekenntnis zur westlichen Solidarität als eine überzeugte Zustimmung zu einem Abkommen, dessen technischen und wirtschaftlichen Inhalt nur wenige Italiener verstehen und gerade diese Wenigen stehen ihm voller Bedenken gegenüber.

Die SAG's - ein Staat im Staate

W.B. Ursprünglich übernahmen die Sowjets, abgesehen von den in Milliardenwerte gehenden Demontagen, 200 mitteldeutsche Betriebe. Sie übernahmen sie als sowjetisches Staatseigentum, das in die Form von Aktiengesellschaften mit Moskau als formalem Hauptsitz gekleidet wurde. Im Laufe der letzten Jahre ist ein Teil dieser Betriebe abgestoßen und "volkseigen" gemacht worden. Aber 103 große Betriebe befinden sich weiterhin in sowjetrussischer Hand. Daß es sich dabei um einen entscheidenden Teil der sowjetzonalen Wirtschaft handelt, mag durch ein paar Ziffern erläutert werden.

Die 103 SAG-Betriebe stellten im vorigen Jahr nicht weniger als 32 v.H. der sowjetzonalen Industrieproduktion. Sie beschäftigen etwa 430000 Arbeiter, also etwa 20 v.H. der in der gewerblichen Wirtschaft Beschäftigten. Daß die SAG's, nicht nur in Bezug auf die Rohstoffversorgung, eine privilegierte Stellung einnehmen, bedarf kaum einer besonderen Erwähnung. Der Block der SAG-Betriebe bildet einen Staat im sowjetzonalen Staate. Die unmittelbare sowjetische Betriebsführung und Betriebskoordinierung wird ergänzt durch besondere sowjetische Organisationen auf dem Gebiete des Absatzes, Transportes und Kreditwesens. Gesondert geführt wird die sogenannte Wismut-A.G., die den Uranbergbau der Sowjetzone unter sich hat. Sie ist der gleichnamigen Gesellschaft in Moskau unterstellt.

Der wertmäßige Anteil der SAG's an der sowjetzonalen Produktion betrug im Jahre 1951 etwa 27 v.H. Der Anteil soll bis zum Jahre 1955 absinken, in absoluten Werten gemessen jedoch wesentlich ansteigen - in der Sowjetzone hat man sich ja vorgenommen, die Gesamtproduktion im Zuge des "Planes" fast zu verdoppeln. Innerhalb des SAG-Blocks repräsentiert die chemische Gruppe 26 v.H., die Gruppe Maschinenbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik 24 v.H.

Wenn man sich die einzelnen Gruppen ansieht, ergibt sich, daß die SAG's 78 v.H. der gesamten sowjetzonalen Kaliproduktion bei sich konzentriert haben. Bei der verarbeitenden Industrie für Nichteisenmetalle stellen die SAG's 42 v.H. Der sowjetzonale Maschinen- und

Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik sind auf die Lieferungen der zur SAG-Gruppe gehörenden Walzwerke angewiesen. Die SAG's repräsentieren 49 v.H. der elektrotechnischen Produktion, 46 v.H. des Fahrzeugbaus, 50 v.H. des Baus von Werkzeugmaschinen.

Die Sowjets haben es sich besonders angelegen sein lassen, sich innerhalb der chemischen Industrie eine Monopolstellung zu verschaffen. Sie haben die früheren großen IG-Farben-Betriebe in Wolfen und Bitterfeld übernommen und zu SAG's umgeformt, und dasselbe gilt für die Leuna- und Bunawerke. 52 v.H. der chemischen Produktion der SWZ-jetzone sind dadurch unmittelbar in der Hand der Sowjets. Bei kautschukischen Sodas beträgt der Anteil 72 v.H., bei Salpetersäure 90 v.H., bei Stickstoffdünger fast 100 v.H., bei Vergasertreibstoff 80 v.H., bei Dieseltreibstoff 50 v.H. und bei synthetischem Gummi 100 v.H.

Über Dreifünftel der SAG-Produktion, nämlich 61,4 v.H. dient direkten Reparationslieferungen für die Sowjetunion. Etwas unter 30 v.H. fließt in die sowjetzonale Wirtschaft, kommt aber indirekt auch teilweise den Sowjets zugute. 9 v.H. sind dem Export vorbehalten und gehen zum größeren Teil in die sowjetischen Satellitenstaaten.

+ + +

"Nachtleben" in sowjetischen Betrieben

Nachtarbeit ist im allgemeinen weniger angenehm als Tagesschicht. In der Sowjetunion aber haben die Arbeiter ihre Gründe, die Nachtarbeit vorzuziehen. Besser gesagt, sie hätten sie, denn aufgrund einer Denunziation der "Pravda" dürfte ihnen die einzige Annehmlichkeit der Nachtschichten genommen werden.

Die "Pravda" klagt nämlich bitter darüber, daß nur die Arbeiter der Tagesschichten verpflichtet sind, während der Mittagspause kommunistische Parteivorlesungen anzuhören, während, wie es in der "Pravda" heißt: "Die Abend- und Nachtschichten, in denen zwei Drittel der Arbeiter beschäftigt sind, anscheinend der Aufmerksamkeit des Parteibüros und der Agitatoren entgangen sind". - Wer die Angst der Betriebsleiter und Parteifunktionäre vor der "Pravda" kennt, wird nicht daran zweifeln, daß nun bald auch die Nachtschichtarbeiter ihr "Nachtleben" um kommunistische Propagandavorträge bereichert erhalten ...

"Blitzlicht"

+ + +

Wohlthuende Zurückhaltung

(sp) Die Kommission der Vereinten Nationen zur Prüfung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen hat gut daran getan, als sie sich weigerte, jetzt schon in sachliche Verhandlungen mit der Bundesregierung einzutreten, bevor nicht auch die Grotewohl-Regierung Zusicherungen über eine freie und uneingeschränkte Tätigkeit der Kommission in der Sowjet-Zone gegeben hat. Damit entzogen sich die UNO-Delegierten von vornherein jeder einseitigen Beeinflussung, an der es nicht gefehlt hat.

Es ist nicht Sache hiesiger deutscher Stellen, die Aufmerksamkeit der UNO-Kommission auf die Zustände in der Sowjetzone zu lenken; diese hat die Kommission aufgrund eigener Beobachtungen und unparteiischer Untersuchungen festzustellen. Daß man der Kommission kein U für ein X vormachen kann, dafür zeugt schon deren qualitative Zusammensetzung.

Eine Zustimmung sowjetzonaler Stellen für die Einreise der UNO-Delegation in die Sowjetzone liegt bisher allerdings noch nicht vor. Das ist an sich nicht beunruhigend. Die sowjetische Diplomatie arbeitet langsam. Aber auch die mächtige Sowjet-Union kann sich auf die Dauer dem Druck der Weltmeinung nicht verschließen. Seinerzeit hatten Ulbricht und Ebert die Entsendung einer Sowjet-Zonen-Abordnung zur UNO-Vollversammlung abgelehnt - bis sie von Moskau die gegenteilige Weisung erhielten. Manches spricht dafür, daß der Druck, unter dem die Sowjets heute stehen, sie vielleicht zum Erweichen bringen wird. Aber wie dem auch sei: Das Schlimmste wäre, eine vielleicht sich anbahnende Entwicklung durch Taktlosigkeiten oder Quertreibereien von vornherein wieder zum Versiegen zu bringen. Noch ist alles in der Schwebe. Uns scheint, daß die UNO-Kommission sich dessen sehr bewußt ist.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau